

Veranstaltungsdokumentation

Fachtagung „Stadtquartiere ohne Barrieren – All(e) inklusive!“ am 28. Juni 2011, Berlin

Ergebnisse



Die Fachtagung „Stadtquartiere ohne Barrieren – All(e) inklusive!“ stellt Ergebnisse des Sondergutachtens „Barrierefreie Stadtquartiere“ zur Diskussion. Das Gutachten wird im ExWoSt-Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“ erarbeitet. Seit 2007 wurden in diesem Forschungsfeld in Modellvorhaben Strategien und Instrumente erprobt, mit denen aus der Unterschiedlichkeit der Generationen und ihrer Ansprüche Impulse für die Quartiersentwicklung entstehen sollten. Darauf aufbauend werden innerhalb des Forschungsbausteins „Barrierefreie Stadtquartiere“ die verschiedenen Dimensionen von Barrierefreiheit – bauliche wie auch soziale – und ihre Bedeutung für das Alltagsleben im Stadtquartier systematisiert. Auf Grundlage von Projekten in ausgewählten Modellvorhaben sowie recherchierter Fallstudien werden strategische Ansätze für den Abbau von Barrieren beschrieben.

Übereinstimmend wird bezüglich des Barriereabbaus ein großer und wachsender Handlungsbedarf festgestellt. Dieser wird am Beispiel möglicher Folgen des Älterwerdens im einführenden Beitrag verdeutlicht. Eine Zunahme der Zahl älterer Menschen in den Stadtquartieren führt dazu, dass eine größere Zahl von Menschen durch Barrieren existenziell in ihrer selbständigen Lebensführung und sozialen Teilhabe beeinträchtigt sein wird. Insbesondere in der gebauten Stadt muss der Abbau von Barrieren vorangetrieben werden.

Übereinstimmend wird bezüglich des Barriereabbaus ein großer und wachsender Handlungsbedarf festgestellt. Dieser wird am Beispiel möglicher Folgen des Älterwerdens im einführenden Beitrag verdeutlicht. Eine Zunahme der Zahl älterer Menschen in den Stadtquartieren führt dazu, dass eine größere Zahl von Menschen durch Barrieren existenziell in ihrer selbständigen Lebensführung und sozialen Teilhabe beeinträchtigt sein wird. Insbesondere in der gebauten Stadt muss der Abbau von Barrieren vorangetrieben werden.

Das breit angelegte Verständnis von Barrieren des Gutachterteams wird in den weiteren Beiträgen und der Diskussion unterstützt. Viele Menschen, nicht ausschließlich ältere und behinderte Menschen, können in unterschiedlicher Weise vom Abbau von Barrieren profitieren. Daraus folgt, dass vor Ort genauer und differenziert hingeschaut werden muss, um Barrieren zu identifizieren und geeignete Lösungen für den Abbau zu finden. Was für den Einen eine existenzielle Lösung ist, kann gleichzeitig für viele Andere einen Komfortgewinn bedeuten. Dies muss aber nicht zwangsläufig so sein. Darüber hinaus gibt es „gute“ oder „gewollte“ Barrieren, die schützen oder bewusst abgrenzen. Insbesondere die Statements und Diskussion der Expertenrunde bestätigen die Gutachterinnen, den Barrierebegriff und die Zielgruppe differenzierter zu betrachten und dies auch bei der Kommunikation zu berücksichtigen. Diese Empfehlung löst Besorgnis darüber aus, dass die zwischenzeitlich erreichte breitere Akzeptanz der Belange von Menschen mit körperlichen Einschränkungen wieder in Frage gestellt würde. Im Ergebnis lässt sich aus Sicht der Gutachterinnen die Empfehlung ableiten, dass das Ziel, eine Stadt für „Alle“ zu gestalten, als Haltung richtig ist, für die Umsetzung aber zu undifferenziert bleibt.

Die Berichte aus den Modellvorhaben bestätigen, dass über Normen und Standards hinausgehend Wege beschritten werden müssen, um Barrieren aufzudecken und abzubauen. Unkonventionelle Lösungen müssen oft zunächst gegen mentale Widerstände arbeiten. Eine große Rolle spielen Beteiligungsverfahren, die für die jeweiligen Probleme und Orte passend gestaltet werden. Die abschließende Runde kommunaler Experten bestätigt, dass es dazu Kümmerer mit Sachverstand braucht, die ressortübergreifend zusammenarbeiten.

Eindrücke aus der Veranstaltung



Ministerialrat **Manfred Hilgen**, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, begrüßt die Teilnehmenden zur Fachtagung „Stadtquartiere ohne Barrieren – Alle(e) inklusive!“. Im Zuge des demografischen Wandels werde der Anteil älterer Menschen in den nächsten Jahren weiter stetig zunehmen. Das Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere (IFAS)“ habe auf die Alterung der Gesellschaft reagiert. Im Rahmen dieses Forschungsfeldes wurde 2009 auch das Sondergutachten „Barrierefreie Stadtquartiere“ beauftragt. Das Gutachten nehme nicht nur bauliche, sondern vor allem auch soziale Barrieren in den Fokus. Zukünftig müsse der Aspekt „Barriere-

armut“ bei allen Planungen von vorneherein mitgedacht werden. Er appelliert an die Städte, die Erkenntnisse des Gutachtens für ihre tägliche Arbeit zu nutzen – es werde sich lohnen!



Dr. Stefanie Gurk, Medical Consult, führt anschließend mit ihrem Beitrag in sehr anschaulicher Weise in das Thema ein. Sie betont, dass die Alterung viele positive Seiten habe. Mit steigender Lebenserwartung wachse auch die Phase des aktiven Lebensalters. Allerdings nehme das Risiko der Pflegebedürftigkeit mit dem Alter zu: Jeder Zehnte über 60-Jährige sei pflegebedürftig. Um die selbstständige Lebensführung möglichst lange sicherzustellen, sei es wichtig, „mit den Augen der Betroffenen zu sehen und dem Herzen der Betroffenen zu fühlen“. Um dieses erlebbar zu machen, demonstriert sie mit Unterstützung der Moderatorin, Mone Böcker, raum + prozess, sowie Hanno Treuer, Stadt Kiel, in sog. Handicap-Dress@Overalls Einschränkungen

einer „Halbseitenlähmung“ und „Parkinson“. Schnell wird deutlich, dass vermeintlich einfache Dinge, wie z.B. das Übersteigen eines kleinen Hindernisses, das Binden einer Schleife oder das Setzen und Aufstehen nun deutlich langsamer und schwieriger zu bewältigen sind. Auch das Blickfeld verkleinert sich z.B. durch Augenkrankheiten und Lähmungen deutlich, so dass Dinge, z.B. ab einer gewissen Höhe, Größe oder Entfernung nicht mehr wahrgenommen werden können. Einerseits brauchten Menschen laut Frau Dr. Gurk körperliche Herausforderungen, andererseits erleichterten bereits einfache Hilfen, wie z.B. Farb- und Lichtkonzepte sowie Abstützmöglichkeiten den Alltag erheblich. Barrierefreie bzw. –arme Stadtquartiere vermittelten Sicherheit und Wohlbefinden!





Uta Bauer, BiP Berlin, stellt im Namen des Gutachterteams die Arbeitsschritte und Ergebnisse des ExWoSt-Sondergutachtens „Barrierefreie Stadtquartiere“ vor. Dem Gutachten lag ein breiter Barrierebegriff zu Grunde (baulich, materielle Barrieren sowie soziale, mentale Barrieren). Die Umsetzung barrierefreier Standards scheitere nach den Recherchen in vielen Kommunen weniger an Wissensdefiziten als vielmehr an fehlender Akzeptanz. Das erforderliche Fachwissen ist oftmals vorhanden, es müsse aber aus seiner „Nischenecke“ („Rollstuhl- und Rampenimage“) herausgeholt werden. Als ein Ergebnis des Gutachtens wurde deshalb ein Kommunikationskonzept entwickelt. Dieses verdeut-

lichte den Nutzen und den Komfortgewinn, der durch Barrierefreiheit für verschiedene Zielgruppen erzeugt wird, vermittele ein breites Barriereverständnis und kommuniziere unterschiedliche Handlungsansätze über gute Beispiele.

Als eine Schlussfolgerung könne festgehalten werden, dass Barrierefreiheit im Stadtquartier kein erreichbarer Zustand, sondern Ziel eines Prozesses sei. Barrieren müssen im Diskurs mit der Bevölkerung und lokalen Akteuren identifiziert und Strategien für den Abbau stadtteilbezogen festgelegt werden. Barrierefreiheit müsse nicht nur punktuell, sondern in der Fläche zu Ende gedacht werden. Und: Über „gute Taten“ sollte anschließend auch geredet und informiert werden!



Im Anschluss wurden verschiedene fachliche Perspektiven der Umsetzung barrierefreier Stadtquartiere vertieft. Den Auftakt zur Gesprächsrunde bildeten Statements von Prof. em. Dr. Eduard Führ, Frau Dr. Beer und Herr Schulze, die im Anschluss, moderiert von **Mone Böcker**, raum und prozess, mit dem Publikum rege diskutiert wurden.



Laut **Prof. em. Dr. Führ** sei der Begriff der Behinderung stark auf das Sozialgesetzbuch eingegrenzt. Jeder Mensch sei aber einzigartig und habe eigene Handlungsmöglichkeiten – mal mehr, mal weniger. Behinderung dürfe nicht auf z.B. auf eine Gehbehinderung oder im Sinne des SGB reduziert werden. Vielmehr müssen die Möglichkeiten der einzelnen Menschen in den Blick genommen werden. Ziel müsse es sein, Barrieren im Kontext des Handelns der Betroffenen zu untersuchen. Es könne hingegen nicht das Ziel sein, alle Barrieren abzubauen. Es sei nur allzu menschlich in der Überwindung von Barrieren auch eine Herausforderung zu sehen.



Für **Dr. Ingeborg Beer**, Stadtforschung und Sozialplanung, Berlin ist Barrierefreiheit ein hoher sozialer Anspruch. Barrierefreiheit im Sinne der Beseitigung jeglicher Einschränkungen bedeute in gewachsenen Quartieren – im Unterschied zu Neubausprojekten – einen besonders hohen und eher unrealistischen Anspruch. Zwangsläufig ergäben sich Konfliktlinien und müssen Balancen immer wieder neu gefunden werden. Barriereabbau brauche deshalb inklusives Denken und interdisziplinäres Handeln. Dafür sei der Dialog vor Ort wichtig. Erforderlich seien integrierte und quartiersanschließende Strategien, die Barrieren im öffentlichen Raum mit Wohnen, Nachbarschaft und sozialer Infrastruktur, Vereinsleben etc. zusammendenken.



Für **Thomas Schulze**, Superurban Public Relations ist die barrierefreie Stadt zurzeit (noch) eine Illusion, in der Zukunft eröffneten sich hier neue „Zukunftsmärkte“, die Kommunen und private Eigentümer nutzen können. Aber: Bei den Themen Barrierefreiheit oder „Design für alle“ stünden die Beteiligten vor einem strategischen kommunikativen Dilemma. In der Formulierung der Absolutheit, die politisch natürlich gerecht, vor allem aber demokratisch notwendig sei, setzten sie den Hebel an der falschen Stelle an: weil nicht „alle“ den gleichen Geschmack haben, weil es unterschiedliche Bedürfnisse, Wahrnehmungen und Interessen gibt, weil es keine Ressourcen dafür gibt, alle zu erreichen, weil suggeriert wird, es gebe eine Lösung, die für „alle“ sei (erzeugt Widerstände!), weil die Zielgruppen ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen sehr heterogen seien.



Nach dem Mittagessen geht **Dr. Manfred Fuhrich**, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, in seinem Vortrag auf den unterschiedlichen Charakter von Barrieren ein und beschreibt verschiedene Interessenkonflikte:

- Nützliche Barrieren – positive Interessen
- „Böse“ Barrieren – negative Interessen
- Subtile Barrieren – gemeine Interessen

Als nützliche Barrieren können solche bezeichnet werden, die positive Interessen verfolgen und eine gewollte Aus- oder eine absichtliche Abgrenzung darstellen (z.B. Fußgängerzone). Ein weiteres Beispiel sei die Einrichtung von Umweltzonen, die eine Schutzfunktion erfüllten. „Böse“ Barrieren wirkten eher selektiv und abschreckend, es könne sich auch um soziale Barrieren (z.B. „No-Go-Area“) handeln. Subtile Barrieren seien subjektiv. Hierzu zählten z.B. Dunkelheit, Angsträume, Vorurteile („PC ist nur etwas für junge Leute.“).



Im Mittelpunkt des Nachmittages standen die Erfahrungen der Modellvorhaben, die im Verlauf des Projektes konkrete Barrieren abgebaut haben. Die auf dem Podium vertretenen Modellvorhaben berichten zunächst von ihrer Vorgehensweise beim Abbau dieser Barrieren. Gemeinsam wurden die Erfahrungen und ihre Übertragbarkeit auf andere Städte diskutiert.

Nach Ansicht von **Elke Herger** (Modellvorhaben Arnstadt) sei es bei Beteiligungsprozessen besonders wichtig, von Anfang an Vertrauen zu schaffen. Es gebe viele verlässliche Partner vor Ort, allerdings sei es schwierig, Beteiligungsprozesse außerhalb von geförderten Projekten zu finanzieren.

Sabine Pour (Modellvorhaben München) berichtet, dass der Lärm, der u.a. durch die Terrassennutzung des Cafés entstehe, die größte Barriere im Projektverlauf darstelle. Dieses habe zu starken Auseinandersetzungen mit einigen Bewohnern geführt. Um die Barriere Lärm zu beseitigen, mussten neue Barrieren errichtet werden: Eine Abschirmung der Terrasse in Form von schallabsorbierenden Sonnenschirmen, eine Seitenverglasung besonders lärmbelasteter Balkone sowie das Aufstellen von Pflanzkübeln auf der Terrasse, um ein übermäßiges lautes Spielen zu verhindern.

Kirsten Lott (Modellvorhaben Dessau-Roßlau) schildert, dass das Thema „Sicherheit“ die größte Barriere dargestellt habe. Besonders schwierig sei es gewesen, die ersten richtigen Schritte zu finden und Vertrauen zu bilden. Es wurde ein Sicherheitskonzept mit vier Säulen konzipiert. Dieses sei so gut angelaufen, dass die vierte Säule – die „Integration von Tätergruppen“ – nicht mehr zur Umsetzung gebracht werden musste, da es zu diesem Zeitpunkt bereits keine Tätergruppen mehr gab.

Katrin Kretschmer und Hanno Treuer (Modellvorhaben Kiel) beschreiben, dass es im Zuge der Entwicklung des Sportparks besonders wichtig war, diesen überhaupt sichtbar zu machen. Hierzu wurden große Signets entwickelt und an den Eingängen des Parks aufgestellt. Im Zuge der Umgestaltung des Geländes finde ämterübergreifend eine intensive Zusammenarbeit statt. Dazu brauche es einen politischen Willen und einen „Motor“ in der Verwaltung, der diesen aktiv umsetze. Mittlerweile hätten sich kurze Wege innerhalb der Verwaltung aber etabliert.

Für **Sabine Kopka** vom Modellvorhaben Düsseldorf ist der Zuständigkeitsdschungel der Stadtverwaltung das größte Hindernis. Für das Team von HELL-GA begann eine Reise durch verschiedenste Ämter. Hartnäckigkeit, Ausdauer und Verhandlungsgeschick hätten aber zum Erfolg geführt.

Es wird die Frage gestellt, ob von den Projekten auch Impulse in das jeweilige Quartier ausgegangen seien. Dies wird von Arnstadt, Düsseldorf, Dessau und Kiel bejaht, da in den Projekten jeweils verschiedene Träger, Institutionen und Einwohner beteiligt gewesen waren – dieses führe fast automatisch dazu, dass deutliche Impulse in das Quartier hinein strahlten.



In der abschließenden Gesprächsrunde ging es um die Frage, was nun die Kommunen tun können, um Barrierefreiheit systematisch umzusetzen. **Mone Böcker** moderierte die Gesprächsrunde, bei der Vertreter der Kommunen Bremen, Hamburg und Erfurt ihre Erfahrungen mit unterschiedlichen Ansätzen einbrachten.

Ulrich Hein-Wussow, Freie und Hansestadt Hamburg, erläutert den Handlungsleitfaden „Freiraum und Mobilität für ältere Menschen“ der Stadt Hamburg. Der Leitfaden basiere auf der Erkenntnis, dass ältere Menschen nicht nur eine seniorenrechtliche Wohnung, sondern auch seniorenrechtliche Freiräume in der Umgebung benötigten. Laut Herrn Hein-Wussow sei es wichtig, die Stadt als Ganzes zu betrachten, um Insellösungen zu vermeiden. Mit Blick auf die Stadt Hamburg wünscht er sich, dass sie sich der Thematik des demografischen Wandels stelle – Hamburg sei zwar eine wachsende Stadt, aber auch hier sei ein Trend der Alterung der Bevölkerung erkennbar.

Sylke Osterloh, Stadtverwaltung Erfurt, berichtet zum Leitfaden „Barrierefreies Bauen“ der Stadt Erfurt. Zur Verstetigung des Prozesses müsse es jemanden vor Ort in den Kommunen geben, der sich ständig mit dem Thema beschäftige. Darüber hinaus bräuchten Städte ab 100.000 Einwohnern einen Behindertenbeauftragten, der auch das Thema „Barrierefreiheit“ im Blick habe.

Jürgen Kathmann, Freie Hansestadt Bremen, erläutert die Hintergründe zum Bremer Behinderten-Gleichstellungsgesetz. In Bremen gebe es eine starke Behindertenszene, die sich sehr für ihre Belange einsetze. Es gebe bundesweit zwar viele Leitfäden und Empfehlungen zu den Themen „Barrierefreiheit“, „Behindertengerechtigkeit“ o.ä. – diese waren in Bremen aber größtenteils nicht eins zu eins umsetzbar, weshalb eigene Standards definiert wurden. Herr Kathmann wünscht sich mehr Austausch auf kommunaler Ebene zu den Erfahrungen in der Umsetzung von Barrierefreiheit.

Dr. Manfred Fuhrich, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, weist in seinem Schlusswort darauf hin, dass es für das Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“ im Rahmen dessen auch das Gutachten „Barrierefreie Stadtquartiere“ erstellt wurde, einen politischen Grundsatzbeschluss gab. Im Koalitionsvertrag sei eine Formulierung zur Umsetzung „familien- und altengerechter Städte“ enthalten. Das Thema erfordere „lokale Helden“, die Projekte direkt vor Ort mit viel Leidenschaft und Mut zum Risiko umsetzen. Schlussendlich betont er, dass der demografische Wandel nichts Abstraktes sei, sondern jeder einzelne ein Teil dieses Wandels sei.

Fotos: © Sylvie Weisshäupl

Auftragnehmer:

raum + prozess
Dipl. Volksw. Mone Böcker
Hasselbrookstraße 15
22089 Hamburg
Tel. / Fax: 040 39 80 37-91 / -92
mail@raum-prozess.de
www.raum-prozess.de

Büro für integrierte Planung (BiP) Berlin
Dipl. Geografin Uta Bauer
Marienburger Allee 20
14055 Berlin
Tel. / Fax: 030 30 10 09-41 / -42
info@bipberlin.de
www.bipberlin.de

